

WELTZOZIALFORUM

Pragmatischer Sozialismus?



Sie hat er bereits überzeugt: Der venezolanische Staatschef Hugo Chávez würzt seine Reden gern mit Hasstiraden auf die USA.

Das Weltsozialforum in Caracas ist vorüber. Während Präsident Hugo Chávez die Massen auf einen anti-imperialistischen Kurs einschwören wollte, betonten nur wenige die notwendige Heterogenität der Bewegung.

Bleibt das Weltsozialforum (WSF) eine Messe der sozialen Bewegungen oder wird es zur nächsten kommunistischen Internationale? Wie kein anderes Thema dominierte die Frage um die Zukunft des WSF das globalisierungskritische Treffen, das am Wochenende in Caracas zu Ende ging. Und ausgerechnet der Staatschef des Gastgeberlands Venezuela Hugo Chávez machte die wohl einflussreichste Vorgabe. "Ein Forum, das nur debattiert und debattiert, ohne zu einer Konsequenz zu kommen, scheint mir seltsam", erklärte der Präsident am Freitag vor gut 4.000 begeisterten Zuschauern im Sportstadion Poliedo. Angesichts der zerstörerischen Kraft des Kapitalismus müsse das Forum eine "alternative, antiimperialistische Bewegung für den Sozialismus" aufbauen, so Chávez in einer Rede, die an die besten Zeiten seines kubanischen Kollegen Fidel Castro erinnerte. Über den Hauptfeind gab es für den Linkspopulisten keinen Zweifel: Die US-Regierung sei die "perverseste, mörderischste und unmoralischste" der Geschichte, und Präsident George W. Bush der "größte Terrorist der Welt".

Nicht nur wegen solcher Angriffe gegen "das Imperium" steht Chávez und die von ihm vorangetriebene Bolivarianische Revolution bei vielen WSF-Teilnehmern hoch im Kurs. Die Regierung setzt Sozialprogramme um, die den Forderungen der sozialen Bewegung nahestehen: In den Armenvierteln entstehen Gesundheitsstationen, mit umfangreichen Kampagnen wird der Analphabetismus bekämpft, Basismedieninitiativen bekommen finanzielle

Unterstützung. Dennoch kam die starke Präsenz der bolivarianischen Revolutionäre auf dem WSF nicht bei allen Teilnehmern und Teilnehmerinnen gut an. Während staatliche Vertreter bei früheren Sozialforen meist außen vor blieben, stellten venezolanische Regierungsrepräsentanten in diesem Jahr viele Redner.

Bei manchem Aktivisten stieß zudem die unübersehbare Anwesenheit des Militärs auf Unmut. "Warum ging die Auftakt demonstration an den ausgemusterten und zur Schau gestellten Panzern der venezolanischen Armee vorbei? Das ist nicht unser Verständnis von Antimilitarismus," kritisierte Adrian Bosmalkom, ein junger Mann, der sich auf dem Jugendcamp "Weltstadt" niedergelassen hat. Selbst der diesjährige WSF-Koordinator Jacobo Torres de León musste einräumen, es habe große Anzeichen dafür gegeben, dass das Treffen zu einem "chavistischen Forum" werde. "Letztlich ist der Verlauf des Treffens jedoch der Beweis dafür, dass wir absolut autonom agieren haben," erklärte Torres der woxx.

Kooperation mit den Regierenden

Die Frage des Verhältnisses sozialer Bewegungen zu linken Regierungen spielte auf dem WSF nicht nur mit Blick auf Venezuela eine wichtige Rolle. Viele linke Politiker konnten in Lateinamerika in den letzten Jahren Wahlsiege erringen, und das schafft Hoffnung. Entsprechend oft wurde in Caracas der jüngste Erfolg gefeiert: die Wahl des indigenen Kokabauern Evo Morales zum Präsident des

Andenlandes. "Nun wird man die Rechte aller Bolivianer respektieren, unabhängig von Farbe und Geschlecht, und nicht nur jene der Reichen," hofft die Indígena Rosa María Ruiz, die aus einer Gemeinde in Bolivien angereist war, um über die Rechte der indigenen Bevölkerung zu diskutieren.

Kampagnenpolitik

Auch viele Vertreter großer Organisationen setzen auf eine Kooperation mit den Regierenden. "Nach den Neunzigerjahren des Neoliberalismus müssen wir die Chance nutzen, mit Regierungen in den Dialog zu treten, die uns den Rücken stärken können", erklärte Gonzalo Berón vom lateinamerikanischen Bündnis sozialer Bewegungen Alianza Social Continental der woxx. WSF-Koordinator Torres hält es sogar für notwendig, Politiker wie Morales oder auch Brasiliens Präsident Inacio Lula da Silva in den Wahlen aktiv zu unterstützen.

Kritik an dieser Haltung ging meist einher mit der Befürchtung, das Forum werde pragmatisch auf eine politische Linie festgelegt. Das Treffen sei nie staatlich orientiert gewesen, erklärte Mitgründer Cándido Grzybowski von der brasilianischen Gruppe des WSF-Führungsgremiums, dem Internationalen Rat. "Wir suchen die Differenz, denn die ist ein wichtiger Wert unserer Bewegung." Sollte das Forum zu einer V. Internationale verkommen, werde es enden wie die vorausgegangenen Versuche, eine weltweite kommunistische Partei zu gründen.

Doch Positionen wie die von Grzybowski geraten offensichtlich zunehmend in

die Minderheit. Große Organisationen wie die brasilianische Landlosenbewegung MST oder Personen wie der Le-Monde-diplomatique-Herausgeber Ignacio Ramonet fordern, dass sich das WSF stärker darauf konzentrieren müsse, gemeinsame politische Strategien zu erarbeiten und Kampagnen wie die Mobilisierung gegen den Irak-Krieg im Jahr 2003 zu organisieren. So unterstützte der MST-Sprecher Geraldo Fontes die von Chávez geforderte antiimperialistische Einheit. Dessen Rede sei ein Aufruf für die "Konstruktion eines alternativen Modells zum neoliberalen System" gewesen.

Die politische Nähe vieler einflussreicher WSF-Akteure zum venezolanischen Präsidenten und dessen "pragmatischer" Linie war in Caracas ohnehin nicht zu übersehen. So titelte die forumseigene Zeitung "Terraviva" am Tag nach der Chávez-Rede mit den selben Worten, mit denen der Staatschef seine Ansprache beendet hatte: "Sozialismus oder Tod". Und Beverley Kenne von der bedeutenden NGO Jubileo Sur bestätigte, die Idee einer großen Partei sei "etwas, das viele denken, was wir häufig diskutieren".

Dass man sich im Internationalen Rat in absehbarer Zeit in diesen Fragen einigt, ist kaum zu erwarten. Zu unterschiedlich sind die Positionen, zu vielfältig sind die auf dem Forum vertretenen Organisationen. Umso größere Übereinstimmung gab es in vielen inhaltlichen Fragen. Bereits auf der Auftakt demonstration brachten etwa 60.000 Demonstranten ihre Ablehnung des Irak-Krieges zum Ausdruck. Großen Beifall für ihren Einsatz gegen den Krieg erhielt die US-amerikanische Aktivistin Cindy Sheehan, deren Sohn im Irak gefallen ist. Internationale Bauernverbände wie Via Campesina machten sich einmal mehr für

Agrarreformen stark. Verhältnismäßig viele Veranstaltungen beschäftigten sich mit Freien Radios und anderen Medienprojekten. Schließlich sei "die Garantie des Menschenrechtes auf Kommunikation" eine Voraussetzung für eine gerechte Weltordnung", erklärte Jonas Valente von der brasilianischen NGO Intervenozes.

Polit-Spektakel

Auch auf konkrete Kampagnen konnten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des WSF einigen. In absehbarer Zeit sind nun in Lateinamerika neue Aktionen gegen den Freihandel und für die Streichung der Auslandsschulden der Entwicklungsländer geplant. Das "Gesundheits-Sozialforum" hat sich darauf geeinigt, am 7. April weltweit gegen die "neoliberale Politik" zu demonstrieren, "von der die Gesundheit auf dem ganzen Planeten gefährdet wird". Es sei nicht gerecht, so Sprecherin Nicola Deslusu, "dass das Recht auf Gesundheit in zwei verschiedenen Geschwindigkeiten verlaufe: eine für die Reichen und eine für die Armen".

Wie schon vorhergehende Sozialforen wurde auch dieses globalisierungskritische Spektakel zu einem organisatorischen Kraftakt. Verteilt auf zehn Orte im gesamten Stadtgebiet von Caracas beteiligten sich nach Angaben der Veranstalter rund 80.000 Menschen an den etwa 2.000 Plena, Foren, Workshops - und auch an den rund 500 Konzerten, Festen und Happenings auf der Straße. Schließlich sei das Forum, so die aus Holland angereiste Michelle Meulenbelt, "die beste Kombination von Musik, Rumziehen und politischer Diskussion".

Wolf-Dieter Vogel

Wolf-Dieter Vogel hat für die woxx das Weltsozialforum in Caracas besucht. Er lebt in Mexiko-Stadt.